**3. Räumung des ganzen seit Ungarns Eintritt in den Krieg besetzten Gebietes,**
**4. freier Zugang der Entente zu den Wegen, die nach der Türkei, nach Oesterreich-Ungarn und nach Rumänien führen.**

**Die Londoner „Daily News" bemerken dazu, daß diese Bedingungen das Mindestmaß dessen wären, was die Alliierten zugestehen könnten. Die Annahme der Bedingungen durch Bulgarien würde bedeuten, daß seine Grenzen so blieben, wie vor dem Kriege, daß seine kriegsmüden Truppen sich wieder nach ihren Heimstätten begeben können und daß die Ententearmeen den Schutz des bulgarischen Gebietes übernehmen würden. Kein Volk, das sich in der Lage Bulgariens befinde, hätte hoffen dürfen, mit einer so leichten Strafe davonzukommen.**

Im französischen Heeresbericht über die Operationen in Mazedonien heißt es: „Die militärischen Operationen der verbündeten Armeen, die bis nach Uesküb und in Feindesland hineingeführt haben, zwangen die bulgarische Armee, die Waffen zu strecken. Am 29. September, 11 Uhr abends, unterzeichneten die von der bulgarischen Regierung ernannten Bevollmächtigten in Saloniki den Waffenstillstand, und am 30. September, mittags 12 Uhr, wurden zwischen den bulgarischen Truppen und den Verbündeten die Feindseligkeiten eingestellt."

Die „Times" weist die Alliierten auf die Notwendigkeit hin, streng mit Ferdinand von Bulgarien zu verfahren. Das Blatt sagt: Im Interesse der Bulgaren selbst kann man den Fürsten nicht streng genug anfassen. Sein unheilvoller Einfluß und sein Beispiel hat die Erfüllung der Befreiung aus dem türkischen Joch unmöglich gemacht, und wenn es eines der Hauptziele der Alliierten ist, die Welt gegen die militärische Autokratie zu sichern, kann Ferdinand von Bulgarien nicht auf dem Thron bleiben, da er die Verkörperung dieser Autokratie auf dem Balkan bildet.

### Bonar Law triumphiert.

Reuter meldet aus London: Bonar Law hielt gestern eine Propagandarede für die Kriegsanleihe. Dabei erklärte er u. a.: „Montag mittag 12 Uhr haben die Feindseligkeiten an der mazedonischen Front, dem eben unterzeichneten Abkommen gemäß, ihre Ende gefunden. Das Abkommen überträgt den Verbündeten die Kontrolle über die bulgarischen Eisenbahnen, so daß Bulgarien nunmehr den Verbündeten ausgeliefert ist. Damit ist die Verbindung Deutschlands mit dem Osten abgeschnitten und der Traum eines Mitteleuropas erloschen. Beim Abschluß des Waffenstillstandes und der Festsetzung der Bedingungen herrschte völliges Einverständnis zwischen der griechischen Regierung und den Verbündeten."

### Der Jubel in Paris.

Die Nachricht von der Unterwerfung Bulgariens hat in Paris noch größere Begeisterung ausgelöst, als alle bisherigen Erfolge des Marschall Foch. Die Zensur erlaubt jedoch den Blättern nicht, die Okkupationsbedingungen mitzuteilen. „Petit Parisien" versichert, daß die Entwaffnung der bulgarischen Armee sofort nach Unterzeichnung der Kapitulation die unbedingte Unterwerfung darstelle, daß alle Bedingungen militärischer Art seien und daß von Friedensverhandlungen zwischen Bulgarien und der Entente vorläufig nicht die Rede sein könne, solange der Krieg fortdaure. Die Zeitungen halten dementsprechend auch mit den Erörterungen über das Verhältnis zu Bulgarien selbst zurück und begnügen sich damit, die Rückwirkung des bulgarischen Abfalles auf die allgemeine Lage zu erörtern.

### Ruhe in Konstantinopel.

Die Konstantinopler Presse drückt vollkommene Ruhe allen Ereignissen in Bulgarien gegenüber aus. Der „Tanin" sagt: Schlimmstenfalls werde die Lage wie vor Kriegseintritt Bulgariens, wobei aber die Wege zwischen der Türkei und den Verbündeten offen seien.

### Kein Grund zum Erschrecken.

Der Präsident des Budapester Börsenrates gab an der Börse folgende Erklärung ab: Anläßlich des Empfanges von Journalisten durch den Ministerpräsidenten wurden hier beunruhigende Gerüchte verbreitet, welche geeignet gewesen wären, an der Börse eine Panik hervorzurufen. Als Präsident des Börsenrates suchte ich bei dem Ministerpräsidenten um eine Audienz nach, um über die Authentizität der Gerüchte Informationen zu erhalten. Der Ministerpräsident erklärte über seine Mitteilungen an die Journalisten, daß er sie hergebeten habe, um sie über die Lage zu informieren, die in der Tat infolge der bulgarischen Ereignisse nicht günstig sei. Zur Beruhigung könne er aber sagen, daß alle Maßnahmen getroffen seien. Was den Frieden betreffe, so bestehe die frühere Friedensgeneigtheit auch jetzt noch. Die notwendigen Schritte seien im vollen Einvernehmen mit Deutschland getan worden. Es bestehe aber kein Grund, zu erschrecken.

### Oesterreich-Ungarns Bundestreue.

Das Budapester Blatt „Braj.-Ujsag" meldet: Gegenüber dem Märchen, als ob die Monarchie einen Sonderfrieden schließen wollte, hat man uns von eingeweihter Seite, wo man die Auffassung der Regierung kennt, folgendes erklärt: Von einem Sonderfrieden der Monarchie ist weder heute, noch war in der Vergangenheit die Rede, noch wird und kann in Zukunft die Rede davon sein. Weder im Kronrate, noch im ungarischen, noch im österreichischen Ministerrat, noch in den gemeinsamen Ministerkonferenzen ist auch nur die entfernteste Möglichkeit dieses absurden Gedankens aufgetaucht. Alle maßgebenden Faktoren der Monarchie und alle ernsten Faktoren der ungarischen Politik stimmen darin überein, daß unsere Friedensbestrebungen, die mit unveränderter Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit bestehen, nur in Gemeinschaft mit dem uns verbündeten Deutschen Reiche auftreten können. Die alberne Tendenznachricht eines Sonderfriedens ist eine gefährliche Schurkerei, die dem ehrlichen Herzen des nüchternen ungarischen Volkes von jeher fremd war.

* * *

Wenn wir die Vorgänge in Bulgarien kritisch prüfen wollen, drängt sich uns zunächst die Frage auf: erfolgte der Schritt der Regierung in Sofia plötzlich und unvorbereitet oder nach einem vorbedachten Plane. Nehmen wir den ersten Fall an, so wäre der einzige Grund in dem Versagen einiger Divisionen der bulgarischen Armee zu er- [illegible] ite jedoch das Ministerium nicht [illegible] eres aus der engen Verbindung [illegible] aaten des Vierbundes zu lösen; [illegible] militärische Lage durch das Versagen der Truppen schwierig wurde, standen doch noch immer die beiden Mittemächte hinter Bulgarien und konnten ihm in kurzer Zeit genügende Hilfe zur Verfügung stellen. Hier ist jedoch nichts davon bekannt, daß das Ministerium Malinow sich mit derartigen Bitten nach Berlin und Wien gewendet hätte. So kann man denn die Lage kaum so beurteilen, daß ein unbedachter, durch das Weichen der Front herbeigeführter Schritt ihr zugrunde liege; vielmehr gewinnt jene Anschauung an Boden, die da glaubt, das Kabinett Malinow habe schon lange sich auf den Abfall vom Vierbund vorbereitet, dem es von Anfang an kühl, wenn nicht ablehnend gegenüberstand.

Betrachten wir einmal unter diesem Gesichtswinkel die Lage, so spricht für obige Annahme vor allem das Unterbleiben eines nach Berlin und Wien gerichteten Hilfegesuches, das, wie wir wissen, nicht unberücksichtigt geblieben wäre. Aber außer diesem negativen Merkmal sind auch positive vorhanden, die dafür sprechen, daß der Schritt nach reiflicher Erwägung geschehen ist. Zuerst meldete die „Frankf. Ztg.", daß die Funkenstation in Sofia seit einiger Zeit schon ihr Meldesystem geändert habe. Warum wohl anders, als um der Regierung Gelegenheit zu geben, mit der Armee in Saloniki zu verkehren, ohne daß die Verbündeten diesen Verkehr überwachen konnten? Und als Ergänzung teilt die „Nordd. Allg. Ztg." mit, der bulgarische Gesandte in Bern habe in den letzten Wochen seine Chiffre geändert; also eine weitere Maßnahme, um die Korrespondenz der bulgarischen Regierung der Kontrolle der Mittemächte zu entziehen. Und dann mußte es auch auffallen, daß der amerikanische Gesandte in Sofia dort ruhig seine Tätigkeit fortsetzte, die doch gewiß nicht den Tendenzen des Vierbundes ersprießlich sein konnte. Warum brach Bulgarien nicht die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ab? Warum verwies es deren Gesandten nicht des Landes? Die Interessen des kleinen Landes in Amerika werden doch gewiß nicht so groß sein, daß ihnen gegenüber das Verhältnis zu den Mittemächten zurücktrat.

Danach spricht manches dafür, daß das Ministerium sein Friedensangebot an die Alliierten nach reiflicher Ueberlegung abgesandt hat, nicht plötzlich unter der Einwirkung einer politischen Nervendepression oder der Hiobspost von der Front. Im Anschlusse hieran drängt sich aber die weitere Frage zur Untersuchung auf: wie war es möglich, daß die Mittemächte sich von einer solchen „Extratour" überraschen ließen, daß sie nicht politisch und militärisch ihre Maßnahmen dagegen trafen? Hätten diese nicht die Abfallsgelüste im Keime unterdrücken können? Hier drängen sich, wie man sieht, allerlei Fragen auf, deren Beantwortung erst möglich ist, wenn man die Lage klar überblicken kann. Malinow wird doch gewiß nicht auf eigene Faust das Staatsschiff umzulenken übernommen haben; er muß doch eine mehr oder minder breite Basis für diese seine Politik bei den Parteien gefunden haben, die zu ihm stehen. Bekanntlich aber lassen sich derart tief greifende Kurswechsel nicht unbemerkt vornehmen; es sickert immer etwas davon in die Oeffentlichkeit. Warum es in Bulgarien anders gewesen sein soll, läßt sich nicht erkennen; man sollte meinen, die heftige Parteiagitation, die Radoslawow aus dem Amte drängte, hätte doch schon jeden hellhörigen Beobachter stutzig machen müssen. Dazu und daneben die schrankenlose Agitation der Entente und der Gegner des Bündnisses mit den Mittemächten und der Türkei, soll alles dies unbemerkt geblieben sein? Wir möchten es nicht glauben.

Auf jeden Fall ist die Lage dort jetzt so, daß die Politik Bulgariens nicht mehr durch politische Gründe, sondern einzig durch militärische geändert werden kann. Die Oberste Heeresleitung hat demnach das Wort. Warten wir ab, was ihr gelingt. „Die Lage ist ernst, doch nicht hoffnungslos", so beurteilt man in Berliner unterrichteten Kreisen die Entwicklung der Dinge in Bulgarien.

## Die Riesenschlacht im Westen.

**Der gestrige Abendbericht der Heeresleitung** lautet:

Heftige Angriffe des Feindes in Flandern, beiderseits von Cambrai und in der Champagne wurden abgewiesen.

### Clemenceaus Hoffnung auf die Entscheidung.

Clemenceaus Blatt „Homme libre" schreibt: Eine Entscheidung des Krieges an allen Fronten wird in diesem Jahre fallen. Die Völker der Entente haben die schwersten Prüfungen überstanden. Die Kriegsereignisse gehen ihrem letzten Höhepunkt entgegen. — „Matin" meldet: Clemenceau versicherte in Epinal, er werde mit Friedensbesprechungen beginnen, sobald die Fochschen Operationen in diesem Jahre beendet sein werden.

*

### Die Generaloffensive der Entente.

Verschiedene Schweizer Militärkritiker sind der Ansicht, daß die Entente nunmehr fast überall mit der Offensive begonnen habe, wie sie seit langer Zeit beabsichtigte. Das Berner Blatt meint, es scheine, daß Foch die elsässische Offensive, die man allgemein erwarte, vorläufig vertagt habe. Die „Züricher Morgenzeitung" betont, daß soeben ganz beträchtliche Mengen amerikanischer Truppen in Italien eingetroffen seien und daß dort alle Vorbereitungen zum Losschlagen getroffen seien.

Der „Temps" meldet von der Westfront: Auch in der Nacht kommen die Großkämpfe nicht mehr zur Ruhe. Nicht nur die Artillerie, sondern auch die Infanterie gehen des Nachts zu Angriffen vor. Der Kanonendonner von der Front ist so gewaltig, daß er bis zum Meere in Boulogne und Dieppe gehört wird.

## Balfours Völkerbund.

**Zertrümmerung der deutschen „Weltherrschaftspläne".**

Der englische Minister Balfour hat wieder einmal über den Völkerbund geredet. Nach einer Meldung aus London sagte er in einer Rede in der dortigen Guildhall über die künftige Sicherheit und den Völkerbund: Wenn es uns nicht gelingt, nicht nur den Krieg zu gewinnen, sondern zu erreichen, daß solche Kriege nicht wiederkehren dürfen, so wird unsere Aufgabe nur halb getan sein. Wenn Sie versuchen wollen, einen internationalen Apparat zur Sicherung des Friedens ins Leben zu rufen, so müssen Sie die Karte Europas und der Welt so ordnen, daß große Gelegenheiten für Kriege sie nicht stören können. Sie müssen erst das Unrecht berichtigen, bevor der Völkerbund in Wirksamkeit tritt. Um den Völkerbund zu ermöglichen, ist der Sieg und ein vollständiger Sieg absolut notwendig. Der Traum der Deutschen, daß sich ihre Feinde durch die bloße Unterschrift ihres Namens unter die Petition um einen Völkerbund schützen könnten, ohne daß sie ihre Gesinnung ändern, ist eine vergebliche Illusion. Ein paar konstitutionelle Aenderungen des preußischen Staates und die Unterzeichnung der bewundernswerten Vorschläge des Präsidenten Wilson sind ohne jeden Wert, wenn sie für sich allein bleiben. Deutschland kann nie ein Mitglied des Völkerbundes werden, ehe es sich nicht nur verpflichtet hat, sein Glaubensbekenntnis zu ändern, sondern wenn alle seine Weltherrschaftsträume vor seinen Augen in Stücke gerissen sind und wenn es, allerdings mächtig, glücklich und reich, doch nicht länger ein Tyrann sein kann, der die Nationen, auf die es in der Lage ist, Einfluß auszuüben, seinen eigenen Träumen von einem Weltreich unterwerfen kann.

Dazu ist zu bemerken: Deutschland hat nie Welteroberungspläne gehabt, wohl aber hat England stets nach Weltherrschaft gestrebt. Von der von Herrn Balfour erwähnten Konstituierung des Völkerbundes wird sich zeigen, ob England gewillt ist, auf seine Weltherrschaftspläne zu verzichten.

### Kleine politische Meldungen.

**Generalfeldmarschall v. Hindenburg feiert heute am 2. Oktober seinen 71. Geburtstag.**

**Beschießung von Ostende und Zeebrügge.** In der Nacht zum 30. September wurden Zeebrügge und Ostende von See aus durch Kriegsschiffe heftig beschossen. Die Deutschen erwiderten das Feuer, das von ½8 bis rund 8 Uhr andauerte.

**Ankunft des zweiten russischen Goldtransports.** Dem Vernehmen nach ist der zweite Goldtransport aus Rußland an der Grenze eingetroffen und von den Beamten der Reichsbank übernommen worden.

**Das Oesterreichische Abgeordnetenhaus** tritt heute zusammen. Ministerpräsident v. Hussarek wird in der Eröffnungssitzung Erklärungen über die innere und äußere Politik, über die Kriegs- und Friedensziele abgeben. Die Regierung wird zur Deckung des Fehlbetrages von zwei Milliarden im Staatshaushalte eine Vorlage über neue Steuern einbringen, die u. A. eine umfassende Vermögensabgabe einschließt.

**Die Tschechen bleiben staatsfeindlich.** Aus Prag wird gemeldet: Die am Sonntag in Prag abgehaltene Versammlung der tschechischen Abgeordneten unter dem Vorsitz Dr. Kramarsch' hat abermals eine Resolution gefaßt, in der die Tschechen erklären, daß sie am Staate Oesterreich kein Interesse mehr haben und mit keiner österreichischen Regierung verhandeln wollen. Die Veröffentlichung der Resolution wurde von der Zensur verboten.

**Reichs- und Landtagsabgeordneter Hirsch** ist in Essen gestorben. Der Abgeordnete Wilhelm Hirsch war Handelskammersyndikus in Essen. Er gehörte seit Sept. 1901 dem Abgeordnetenhause an und vertrat den Wahlkreis Arnsberg 3. Geboren am 22. August 1861 zu Goslar, war Abg. Hirsch 1886—97 volkswirtschaftlicher Sekretär des Zentralverbands deutscher Industrieller, seit 1897 Syndikus der Handelskammer für die Kreise Essen, Mühlheim und Oberhausen. Hirsch gehörte dem rechten Flügel der Nationalliberalen an und war an der Seite Fuhrmanns einer der heftigsten Gegner der Wahlrechtsvorlage. Im Reichstag vertrat er von jeher mit besonderer Schärfe die Interessen der Schwerindustrie.

**Massenerschießungen in Omsk.** Auf Befehl der sibirischen Regierung sind in Omsk in der letzten Zeit 4000 Arbeiter, Frauen und Kinder erschossen worden. Unter der Arbeiterbevölkerung gärt es.

**Das neue japanische Kabinett.** Reuter meldet aus Tokio: Das neue japanische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Kei (der Führer der Seijukai-Po behält das Marine-Portefeuille. Krieg: General Kanaka, Admiral Catarateli, Aeußeres: Graf Uchida.

## Von Stadt und Land.

Aue, 2. Oktober.

**Des Königs Dank an die Schulen für die Kriegsanleihetätigkeit.** Der Sächsische Kultusminister veröffentlicht folgenden Königlichen Dank: „Se. Majestät der König haben wiederum Allerhöchstseine lebhafte Freude darüber ausgesprochen, daß in den Schulen des Landes auf die achte Reichskriegsanleihe ein Gesamtbetrag von 12347395 M. (4150842 M. in den höheren Lehranstalten, 3073386 M. in den Volksschulen der städtischen und 5123167 M. in den Volksschulen der ländlichen Inspektionsbezirke) gezeichnet, mithin das Ergebnis der siebenten Anleihe um die volle Hälfte — nämlich um 4177591 M. — überschritten worden ist. Se. Majestät haben mich beauftragt, für diesen erhebenden Beweis vaterländischer Betätigung allen Schulbehörden, Lehrern und Schülern aufs neue Allerhöchstseinen Königl. Dank auszusprechen, und geben Sich der zuversicht-